

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Bretterführ. 20.— M., monatl. 10.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Voh-
betrag monatlich 10.— M., erst zu-
stellungsbefrei. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 10.20 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M. Nach-
stellungen nehmen an Österreich,
Litauen, Tschecho-Slowakei, Polen,
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einsendungen in
die Postanstalten Deutschlands.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Woch-
tags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Hauptzeile
kostet 1.— M., Teuerungszuschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“: Das er-
ste Geruchwort 1.— M., fünfzig wei-
tergebrachte Wörter, jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellenangebote und
Schlüsselanzeigen von sechs Wörtern
bis 15 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.,
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Wohnanzeigen
je 2.— M., polnische und so-
zialistische Vereine-Anzeigen
1.— M., die Stelle ohne Schlüssel-
Anzeigen für bis zu vier Zeilen
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausbesitzer-Büro 25 28, Linden-
straße 4, abgegeben werden. Schlüssel-
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 18. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Ein Bluttag in Oberschlesien.

Deutschland, 17. August. (WZ) Der Demonstra-
tionsfrei ist Dienstag in allen ober-schlesischen Städten von
12 bis 7 Uhr nachmittags durchgeführt worden. Elektrizität,
Wasser, Gas und Post fielen aus. Der Personenverkehr blieb
aufrechterhalten. Alle Geschäfte und Gasthäuser waren geschlossen.
In den Nachmittagsstunden fanden überall die von den Gewerk-
schaften einberufenen Protestversammlungen statt, in
denen einheitlich eine Entschiedenheit gegen den Krieg und
für die Neutralität Oberschlesiens
angenommen wurde, sowie folgende Forderung an die inter-
nationalen Kommissionen: Einsetzung einer Kontrollkommis-
sion von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, welche im Glau-
bennehmen mit der internationalen Kommission sämtliche Trans-
portkontrollen; vorherige Verständigung mit der
internationalen Kommission über alle noch zu erwartenden Truppen-
transporte und -verschiebungen.
Im Anschluss an die Versammlungen fanden Massen-
umzüge statt, hierbei gab es
in Katowitz und Rybnitz Zusammenstöße,
über die gemeldet wird:
In Katowitz setzte sich am Ende des Demonstrationstages
französische Kavallerie. Die Menge griff sie an. Ein
französischer Soldat blieb tot auf dem Platz. Die
Franzosen erschlugen Maschinengewehr- und Handgra-
natenfeuer.
Neun Tote,
darunter zwei Sicherheitspolizisten, und 26 Verwundete blieben auf
dem Platz. Der Polenführer Rechtsanwalt Dr. Milewski, der
eine Handgranate aus dem Fenster warf, wurde aus der
Wohnung geschleift,
erschlagen
und in die Katze geworfen. Die Sicherheitspolizei stellte
den Dienst ein und gab die Waffen ab. Gegen 8 Uhr zog die
Menge zur Polizei, um sich der Waffen zu bemächtigen. Das
französische Militär ist auf Grund von Verhandlungen mit den Ge-
werkschaftsführern zurückgezogen worden. In Rybnitz drang
ein polnischer Stoßtrupp in die Protestversammlung ein und
erschlug sie; auf einen Blick fielen Schüsse. Ein Toter und
vier Verwundete blieben auf dem Platz.

Um Warschau.

In der Geschichte des demokratischen und revolutionären
Kampfes in Europa hat Warschau immer eine besondere Rolle
gespielt. In den polnischen Anstrengungen hangte die ganze west-
liche Demokratie um das Schicksal Warschaus und sein Fall
war immer ein Sieg nicht nur der Borenarmer, sondern
der Reaktion überhaupt. Für die Sozialdemokratie als Erbin
der demokratischen Tradition vom Selbstbestimmungsrecht der
Völker war die Forderung der Errichtung eines selbständigen
polnischen Staates immer eine Herzenssache. Daran erinnerte
in flammenden Worten ein Aufruf der P. P. S. vom 7. Au-
gust.
Wie anders, wieviel höher wird heute der Kampf um
Warschau von der Arbeiterklasse in allen anderen Ländern
betrachtet! Zwar ist die reaktionäre Regierung, die durch die
verbroderlichte Offensive den neuen Weltkrieg veranlaßt hat,
durch eine andere ersetzt, in der auch die polnische Sozialisten-
partei vertreten ist. Polen kämpft heute auch wieder gegen
eine russische Uebermacht, aber diese handelt in Abwehr.
Die grundlegenden Veränderungen der Geistesrichtung großer
Arbeitermassen durch den Weltkrieg und seine Folgen hat dazu
geführt, daß erhebliche Teile selbst des polnischen Proletariats
innerlich weniger an den polnischen Fäden, als zu der liberale-
nistischen Armee stehen. Viel mehr noch ist das im übrigen
Europa der Fall, wo die Arbeiterklasse, auch in den „Sieger-“
ländern, mehr und mehr die Friedensdiktate von Versailles
und St. Germain als ekelhafte Ausbrüche rückwärtslesten la-
pitarischen Herrschers, als Quelle des Verderbens für
den letzten Rest von Völkerverständnis und als Verhinderung
aller Hoffnungen auf Völkerverständnis und gemeinsamen
Wiederaufbau erkennen, wie der Genfer Kongress bewiesen
hat.
Eviellen Gefühle eine Rolle, so käme für uns auch das
Verhalten der polnischen Machthaber gegenüber unseren
Landsleuten, die unter polnische Fremdherrschaft erzungen
sind, in Betracht, aber natürlich ist die strikte Neutralität
das einzig Mögliche. Wenn Sowjetrußland jedoch die
Sympathien der europäischen Arbeiterklasse, die eigentlich
noch mehr Gegnerlichkeit gegen die Feinde Sowjetrußlands und
gegen die drohende Weltreaktion sind, sich erhalten und noch
verstärken, ja wenn es zum Bahnbrecher des Sozialismus und
der wahren Weltrevolution: der Revision der Diktate werden
will, dann muß es in Mißbilligung die Worte Tschickherins
wahrnehmen, die Polen Unabhängigkeit und Frei-
heit verbürgen, und nach denen keinem widerstrebenden
Volke die Sowjetverfassung aufzuzwingen werden soll.
Es ist eine entscheidende Frage für die nächste Zukunft

der Welt, ob die russischen Unterhändler in Mißbilligung die Rollen
der Hoffmann in Brüssel-Litauen, der Clemenceau und Lloyd
George in Versailles wiederholen werden, was nur bedeuten
würde, blinde Gewalt an Stelle von Geisteskraft zu äußern
— oder ob Sowjetrußland der verwüsteten Welt das Schan-
kpiel eines Friedens der Gerechtigkeit und der
Versöhnung geben wird; eines Friedens wie ihn fei-
nerzeit die Bolschewiki dem kämpfenden Europa ange-
boten hatten, als sie durch den Sturz des Offensiv-Kerenski
an die Regierung gelangt waren!

Neuester polnischer Bericht.

Warschau, 17. August. Im August haben die Polen be-
deutende Fortschritte gemacht und wichtige Stellungen er-
obert. Die Bolschewiken, die den Zug zwischen Orzeszow und
Wlodawa überschritten hatten, wurden auf das rechte Ufer
zurückgeworfen. Der polnische Hufe Flügel hat einen er-
folgreichen Angriff in der Richtung auf Rawa unternommen.
Südlich des Unterlaufes des Bug wurden feindliche Angriffe ab-
geschlagen. Unsere Gegenoffensive gegen Norden entwickelt sich
günstig. Bei Sokoczyn machten wir über 600 Gefangene und
eroberten 120 Wagen mit Munition und 50 Wagen mit Proviant.
Bei Warschau richtete der Feind am 14. tagkräftige An-
griffe gegen die Linie Jędrzejow-Kadymin-Cluniew-Podniek.
Besonders heftig war der Kampf um Kadymin, welches
mehrere Male von Hand zu Hand ging. Am 15. mittags war
Kadymin endgültig in unserer Hand. Bei Orzeszow
hinterließ der Feind 11 Maschinengewehre, viele Pferde, Lebens-
mittel und große Mengen Munition. Die Bolschewiken warfen
auf ihrer Flucht Kanonen und Maschinengewehre in den Fluß.
Der bolschewistische Stabschef dieser Operationen wurde ge-
fangen genommen. Gegen 7 Uhr haben die Bolschewiken So-
kol (unweit Lemberg) besetzt. Die Räumung der Stadt Brody
wurde durchgeführt.

Polnische Gegenangriffe — Erfolge Wrangels?

Die recht unwahrscheinliche Meldung, daß Warschau schon ge-
fallen sei, ist bisher nicht bestätigt.
Aus Königsberg i. Pr. berichtet WZ: Die Weichsel
wurde nördlich Wlasyawel von bolschewistischer Kavallerie er-
reicht. Ein starker polnischer Gegenstoß aus der Linie Bond-
Molka gewinnt in der Richtung aus Gieschanow erheblich an
Boden; um Gieschanow wird lebhaft gekämpft, wodurch die Vertei-
digung von Warschau im nördlichen Abschnitt stark entlastet wird.
Südlich Warschau werden heftige Kämpfe auf der Linie Kadym-
min-Cluniew fortgesetzt. Die bolschewistischen Versuche, die
Weichsel nördlich Zwangerod (Dombin) zu forcieren, wurden ver-
hindert. Südlich Warschau in der Gegend Bjerzsch haben
neue Gegenoperationen der Polen begonnen.

Warschau, 17. August. (Holländisch Algemeen Bureau.) Amt-
licher russischer Bericht vom 16. August: Westfront Richtung
Pland: 10 bis 13 Werst östlich von Plonsk haben die russischen
Truppen nach heftigem Bajonettkampf den Fluß Wera überschritten
und mehrere Ortschaften auf dem rechten Ufer des Flusses besetzt.
Gleichzeitig wurden sechs Geschütze, viel Kriegsmaterial und zahl-
reiche Gefangene erbeutet. In der Gegend von Warschau west-
lich von Kadymin haben rote Truppen den Kampf erfolgreich
begonnen und Gefangene gemacht sowie Material erbeutet. Die
Truppen der 14. Roten Armee haben Sokol besetzt. In der
Gegend von Brody entwickelt sich der Kampf zu unseren Gunsten.
Südlich von Kadymin und westlich von Berezdskow haben am 14.
August die roten Truppen Brody wieder besetzt. In südwest-
licher Richtung von Taropol machten wir Fortschritte. In der
Gegend von Gieschanow haben unsere Patrouillen verschiedene An-
griffe Wrangels abgewehrt.

Nach einer Konstantinopeler Neuentdeckung nehmen in der
Krim die schweren Kämpfe ihren Fortgang. Die Bolschewiken er-
halten Verstärkungen von der polnischen Front und greifen
energisch an, wobei sie von massenhaft eingesetzten Bomben-
fluggewegen unterstützt werden. General Wrangels Streit-
kräfte, die ebenfalls Verstärkungen erhalten, hätten den Don
überschritten, Konstantinowka besetzt und die Eisenbahn-
linie Tschirsin-Jelantynowka überschritten.

Strasburger Kriegsprotest.

Strasburg, 17. August. (Telunion.) Die Strasburger Be-
hörden hatten verschiedene von Darbursche vorgesehene Ver-
sammlungen in Strasburg verboten. Daraufhin veranstalteten
die Sozialisten Meetings gegen den Krieg. Von gut beschuldigte
die französische Regierung, einen neuen Krieg zugunsten des Kap-
italismus vorzubereiten. Er forderte eine energische Protestbewe-
gung gegen den Krieg. Nach ihm sprach Taidani-Courtourier im Na-
men der Anhänger Darbursche.

Ungarn — neutral!

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet:
Die ungarische Regierung erklärt jedes Gerücht über eine geplante
militärische Aktion als eigenmächtige Erfindung und
jeder Grundlage entbehrend.
Man darf aber nicht vergessen, daß die Regierung der fran-
zösisch protegierten Dorchy-Armee nichts befehlen kann.

Mietsteuer.

Von Dr. Leonhard Holz

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag unter
dem 29. Juli et. den Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung
einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt,
der gegenwärtig der Beratung des Reichswirtschaftsrats unter-
liegt. Unter diesem harmlosen Titel verbirgt sich das Gesetz
der Mietsteuer, und es ist dringend nötig, sich die wahre
Natur dieser Erscheinung etwas näher anzusehen, ohne sich von
schönen und selbst von angeblich sozialen Redensarten blenden
zu lassen. Verlangt wird eine Abgabe von allen Be-
nutzern eines Gebäudes oder Gebäudeteils,
also von Mietern und Pächtern, und zwar unter Fortlassung
aller ladungsmäßigen Verbämung von 15 Proz. der Frie-
densmiete für das Reich und von weiteren 15
Proz. für die Gemeinden. Dabei soll auf die Einzel-
heiten nicht näher eingegangen werden. Es ist nämlich un-
möglich, diesen Gesetzentwurf für sich allein zu betrachten;
er gewinnt seine richtige Bedeutung erst in dem ganzen System
der geplanten Wohnungs- und Siedelungspoli-
tik. Diese Bedeutung ergibt sich nicht so sehr aus den Ge-
setztext, als vor allem aus der ihm beigegebenen Begrün-
dung. Einen kurzen Abriss dieser Begründung hat das Ar-
beitsministerium vor kurzem durch die Presse gegeben; schon
dieser hat gezeigt, welche Widersprüche hier vorhanden sind.
Die ausführliche Begründung aber zeigt diese in einem gerade-
zu erschreckenden Maße.

Die Begründung geht von einer Voraussetzung aus, die
näher betrachtet werden muß: Sie meint nämlich, daß die
Niedrighaltung der Mieten, die bisher aus drin-
genden sozialpolitischen Gründen durch die Tätigkeit der Miet-
einigungsämter gemäß der Mieterrechtsverordnungen erfolgt ist
und infolge deren eine Mietsteigerung nur insoweit zugelassen
wurde, als sie zur Deckung der erhöhten Selbst-
kosten der Hauseigentümer erforderlich war, sich auf die Dauer
nicht werde durchführen lassen. Dies wird damit be-
gründet, daß infolge dieser Tätigkeit der Einigungsämter die
Mieten bei weitem nicht so in die Höhe gegangen seien wie die
Preise der anderen Lebensbedürfnisse, daß aber die wirtschaft-
liche Gesamtentwicklung dahin dränge, die Wohnungsmieten
der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen. Eine
merkwürdige Begründung! Man hätte immer gedacht, wenn
die Preise so liegen, daß die erhöhten Selbstkosten gedeckt
würden, dann sei das genügend. Die Begründung des Arbeits-
ministeriums besteht aus einem anderen. Weil die Preise der
anderen Lebensbedürfnisse weit über die bloße Erhöhung der
Selbstkosten hinausgegangen sind, dies aber bei den Wohnungsmi-
eten durch die Tätigkeit der Einigungsämter verhindert wor-
den ist — eine Behauptung übrigens, die vielleicht von manchen
Seiten bestritten werden dürfte —, deshalb müssen nach der
Ansicht des Arbeitsministeriums die Mieten diesen Preis-
erhöhungen ebenfalls folgen, und zwar über die Grenze der
erhöhten Selbstkosten! Wo bleiben da die dringenden
sozialpolitischen Gründe, die auch nach der Ansicht
des Arbeitsministeriums bei der Einführung der Miet-
gesetzgebung maßgebend gewesen sind? Sind sie etwa jetzt
weniger dringend geworden? Geht es uns jetzt schon so gut,
daß wir diese Satzgesetze ohne entbehren können? Wenn
das Arbeitsministerium anführt, schon jetzt sei bereits in zahl-
reichen Einzelfällen eine Steigerung der Mieten über das
von den Einigungsämtern zugelassene Maß
hinaus erfolgt, so sind das eben nur Einzelfälle, offenbar
aus Kreisen, die wirtschaftlich in der glücklichen Lage sind, mehr
bezahlen zu können. Aber deswegen dürfen solche Einzelfälle
doch nicht verallgemeinert werden.

Die Begründung aber geht noch einen Schritt weiter. Sie
steht auf dem Standpunkt, bei völliger freier Wirtschaft
würden die Mieten auch in den alten Häusern so steigen,
daß sie den Mieten gleichkämen, die zu einer angemessenen
Verwertung der außerordentlich hohen Kosten für Neu-
bauten erforderlich sind. Damit würde den Besitzern dieser
alten Häuser ein unverdienter Wertzuwachs in den
Schäß fallen, und dieser solle für das öffentliche Wohl erfasst
werden. Soviel Zins, soviel Trugwörter. Eine angemessene
Verrentung von Neubauten, die heute ohne öffentliche
Zuschüsse überhaupt nicht errichtet werden können,
steht voraus, daß die Rentabilität noch wie vor in privaten
Händen bleibt und nach den bisherigen privatrechtlichen
Grundsätzen weiter betrieben wird, also weiter
auf voll Veranlassung des hineingeworfenen Kapitals angesetzt
ist. Will man diesen Standpunkt in die Praxis überführen,
dann heißt das eine Steigerung der Mieten nicht um die jetzt
durch die Mietsteuer veranlassene 30 Proz., sondern nur 50
Prozent; denn um so viel ist das Bauen mindestens teurer
geworden, und diese Summe soll nach der Ansicht des Arbeits-
ministeriums angemessen verrentet werden. Dieser Miethöhe
würde bei freier Wirtschaft, wie das Arbeitsministerium meint,
sich die Miethöhe auch in den alten Häusern anpassen. Um
das zu verhindern, soll die Mietsteuer eingeführt werden. Und
dann nur 30 Proz.? Wo bleibt der Rest? Nach der

Ansicht des Arbeitsministeriums soll sich der Mieterfrage nicht mehr lange mit Erfolg durchführen lassen, weil die Mieten hinter der Erhöhung der Preise der anderen Lebensbedürfnisse weit zurückgeblieben sind. Wer bekommt also den Rest der vom Arbeitsministerium an die Wand gemalten Erhöhungen? Man braucht diese Fragen nur aufzuwerfen, um zu sehen, daß hier unter dem Deckmantel sozialer Redensarten verhandelt werden soll, in ausgiebiger Weise privatkapitalistische Interessen Rechnung zu tragen, trotz der dringenden sozialpolitischen Gründe, die bisher auch nach Ansicht des Arbeitsministeriums bisher maßgebend gewesen waren, eine solche Entwicklung hintanzubohlen.

Die Voraussetzung der Begründung ist dagegen richtig. Bisher sind die Mieten so niedrig gehalten worden, daß sie nur die geringsten Selbstkosten deckten. Neubauten zur Befähigung der Wohnungsnot, die übrigens in erster Linie nicht in die Großstädte, sondern in die Vergaubebezirke und auf das Land gehören, sind nötig. Neubauten sind so teuer, daß eine Verrentung des jetzt hineinzustellenden Kapitals eine Verzinsung der Miete auf das Fünffache zur Folge hätte. Neubauten sind infolgedessen nur möglich, wenn aus Mitteln der Allgemeinheit der größte Teil der Baukosten bestritten wird. Aus diesem Tatsachenkomplex gilt es, die richtigen Folgerungen zu ziehen. Neubauten liegen im Interesse des ganzen Reiches. Warum sollen die Kosten für diese Neubauten lediglich von den Wohnungsmietern aufgebracht werden, und zwar durch Erhöhung des Preises für eine Leistung — die gemietete Wohnung —, deren objektiver Wert durchaus unverändert bleibt? Was Sache des Reiches ist, soll von allen Bürgern des Reiches aufgebracht werden. Und mit diesen öffentlichen Mitteln soll gebaut werden. Bisher ist das in der Weise geschehen, daß Zuschüsse an alle möglichen, nicht nur öffentlich-rechtlichen, sondern auch privaten Bauherren gegeben worden sind. Wozu ist dieses Dazwischentreten privaten Unternehmertums nötig, wenn doch der größte Teil der Mittel aus öffentlichen Geldern stammt? Ist aber der Staat selbst Bauherr, dann braucht er nicht so sehr auf die ziffernmäßige Rentabilität der hineingesteckten Kapitalien zu sehen. Wenn der Staat dadurch, daß er 50 000 Bergarbeiterheimstätten baut, die Kohlenproduktion erhöht, wenn er dadurch, daß er auf dem Lande Häuser baut, die landwirtschaftliche Produktion hebt, dann kann er das in die Bauten hineingesteckte Kapital getrost als Verlust abstreifen; der aus der Produktionssteigerung sich für ihn ergebende Gewinn erzieht ihm diesen Verlust reichlich. Das oder kann eben nur der Staat, nicht der private Bauunternehmer, der nach privatkapitalistischen Grundsätzen baut und jeden hineingesteckten Pfennig auch verzinst haben will. Darum ist die erste Folgerung aus dem erwähnten Tatsachenkomplex baldige und durchgreifende Sozialisierung des Bauwesens. Sie ist die Voraussetzung für eine ruhige Weiterentwicklung des Wohnungswezens auch in bezug auf die bereits vorhandenen Wohnungen. Verteuern sich nämlich die Mieten in den Neubauten nicht dadurch, daß diese unbedingt rentabel gemacht werden müssen, dann fällt der vom Arbeitsministerium für die Erhöhung der Mieten in den alten Häusern geltend gemachte Grund fort; denn der Umstand, daß die Mieten nur die erhöhten Selbstkosten decken, aber den Marktpreisen auf anderen Lebensgebieten nicht gefolgt sind, ist doch im Ernst als Grund für eine weitere Steigerung der Mieten nicht diskutierbar. Dann aber besteht auch kein Grund, an der weiteren Durchführbarkeit der Mieterchutzbestimmungen zu zweifeln.

Es ist bereits oben darauf hingewiesen worden, daß die Mieterfrage nicht für sich allein betrachtet werden darf, sondern nur im Zusammenhang mit dem ganzen System, dessen Einführung jetzt versucht wird. Eng mit ihr im Zusammenhang steht das in Vorbereitung befindliche Reichshöchstmietengesetz. Man denke sich, was dabei herauskommt, wenn dieses Gesetz beherrschet wird von dem Gedanken, bei freier Wirtschaft würden die Mieten auch in den alten Häusern

den Mieten in den rentabel zu gestaltenden Neubauten angehöbert werden. Die Folge wäre, daß die Lebenshaltung noch teurer würde. Wegen der Teuerung der anderen Lebensbedürfnisse sind die Löhne und damit auch die Baukosten so in die Höhe gegangen. Wenn nun auch die Wohnung um so viel teurer würde, müßten natürlich die Löhne und damit auch wieder die Baukosten weiter in die Höhe gehen. Und dann würden die Mieten wieder teurer werden müssen. Wir bewegen uns hier wieder in dem alten verhängnisvollen Zirkel. Darum heißt es, den Anfängen wehren. Vorteil von der beabsichtigten Mieterfrage haben nur direkt die Bauunternehmer und indirekt infolge der Durchbrechung der bisherigen Mieterchutzgebungen die Hausbesitzer; Leidtragende sind, wie in allen Fällen, die Konsumenten. Die Vorlage über die Mieterfrage ist gegenwärtig im Reichswirtschaftsrat; die Konsumenten, d. h. die Mieter, werden in diesem Rat durch zwei vom Stadtag benannte Bürgermeister. Ob das die richtigen Vertreter der Mieterinteressen sind, dürfte wohl sehr zweifelhaft sein. So ruht alle Hoffnung der Mieter bei den Vertretern der Arbeitnehmer. Auf den Arbeitern, den Minderbemittelten, den festbesoldeten Beamten und Angestellten wird letzten Endes alles hängen bleiben, was hier aufgebracht werden soll. Ihr eigenes Interesse ist es deshalb, genau zu prüfen, für wen sie hier bluten sollen.

Zur Auslegung des Amnestiegesetzes. Ungelöste Versprechungen.

Man schreibt uns:
Der preussische Justizminister hat soeben eine Ausführungsverordnung zum Amnestiegesetz erlassen, die in einigen Punkten in bedauerlichem Widerspruch mit den bei den interfraktionellen Vorbesprechungen über den Entwurf des Gesetzes zugrunde gelegten Anschauungen steht.

So werden als „Urheber und Führer“ hochverräterischer Unternehmungen, die bekanntlich von der Straffreiheit ausgeschlossen sein sollen, im Anschluß an einen sehr mißverständlichen Ausspruch des Reichsjustizministers aus den Plenarverhandlungen „nur die Urheber und Leiter eines gesamten hochverräterischen Unternehmens, des Unternehmens in seiner Totalität, des Zentralunternehmens, nicht auch Urheber und Leiter lokaler oder provinzieller Unternehmen“ bezeichnet, mit anderen Worten: alle Teilnehmer des Rappunternehmens für strafflos erklärt, außer gerade denjenigen, die man nicht bestrafen kann, weil man sie nicht hat: Kapp, Lüttwig, Ehrhardt.

Es hätte der unvollständigen Erklärung des Reichsjustizministers unbedingt hinzugefügt werden müssen ein Hinweis auf die authentische Auslegung, die zur Antwort auf Bedenken unseres Fraktionsredners der Zentrumsgesandte und Reichsgerichtsrat Vurlage als Sprecher einer der Fraktionen, welche die Amnestievorlage als Initiativantrag eingebracht hatten, den Worten „Urheber und Führer“ gab:

„Von der Amnestie sollen nicht bloß diejenigen Leiter und Führer ausgeschlossen werden, die hier an der Zentralkasse in Berlin gefesselt haben, sondern: diese von der Amnestie ausgeschlossenen Führer können auch im Lande gefesselt haben, aber sie müssen immerhin eine Stelle belegen haben, die eine gewisse Höhe der Leistung und Führung bezeichnet.“

Kerner sagt die Ausführungsverordnung: eine Handlung könne zugleich unter Abs. 1, 2 u. 3 des § 1 des Amnestiegesetzes fallen, wenn nämlich zunächst die verfassungsmäßige Regierung des Reiches geschädigt, später aber nach Wiederherstellung des Rappunternehmens eine neue staatliche Ordnung gewaltsam erstrebt wurde. In den Verhandlungen ging dagegen die Auffassung durchweg dahin, daß die Ereignisse im Ruhrgebiet lediglich unter Abs. 1 und Abs. 2 fielen, also die Ausnahme des Abs. 2 von der Straffreiheit gegen Urheber und Leiter für die Ruhrleute nicht gelte. Unser Fraktionsredner Genosse Dr. Radbruch hat im Reichstagesplenum als die „Meinung sämtlicher bei den vorbereitenden Verhandlungen Beteiligten“ ohne Widerspruch festgestellt.

„daß die ganze Bewegung im Ruhrgebiet als zusammenhängend mit der Abwehr des hochverräterischen Rapp-Unternehmens unter Abs. 3 fällt, nicht unter Abs. 2, so daß also hier die Ausnahme der Urheber und Führer von der Straffreiheit nicht Platz greift.“

Wir warnen vor einer Auslegung des Amnestiegesetzes, die statt der Entspannung, die wir von ihm erwarten, neue Spannungen herbeizurufen geeignet wäre.

Amnestie in Bayern?

München, 17. August. L. U. Wie die Münchener Augsburger Abendzeitung meldet, hat die bayerische Staatsregierung durch das Justizministerium an alle Strafvollstreckungsbehörden die Weisung ergehen lassen, mit größter Beschleunigung und unter sorgfältigster Prüfung jeden Falles dem Justizministerium zu berichten, ob und in welchen Fällen sich Gelegenheit bietet, auch in Bayern politische Straftaten auf dem Wege des Gnadenlaffes für straffrei zu erklären und den Strafvollzug auszuheben. An Stelle der Reichsamnestie tritt also in Bayern ein Gnadenlaff ein, der auf die Verteilung eines jeden Falles sich begründet. Das genannte Blatt spricht das Vertrauen zu der bayerischen Regierung aus, daß das öffentliche Interesse vor unliebsamen Ueberraschungen bewahrt bleibt.

Wahrscheinlich sucht die Regierung nach einem Weg, um den Mörder Graf Arco möglichst unauffällig in Freiheit zu setzen. Denn unter „unliebsamen Ueberraschungen“ versteht man in Bayern die Amnestierung Sinfiradikaler.

Freigabe der Kartoffeln.

Die Bürgerlichen für hohe Kartoffelpreise.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für Volkswirtschaft am 17. August wurde eine Verordnung zur Kartoffelwirtschaft angenommen. Nach dieser Verordnung soll, nachdem der von den Bedarfsstellen angemeldete Bedarf an Herbstkartoffeln durch Lieferungsverträge sichergestellt ist, von einer weiteren Heranziehung der Herbstkartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung abgesehen werden.

Von einem Vertreter der Reichskartoffelstelle wurde mitgeteilt, daß die Kartoffelernte sehr gut wird. Bei der ersten Feststellung habe sich ergeben, daß 100 000 Hektar weniger angebaut sind als im Vorjahr. Bei näherer Nachprüfung habe sich ergeben, daß die Zahlen nicht stimmen. Vieles habe man das Deputationsland nicht mitgezählt, so daß man annehmen kann, daß die Anbaufläche nicht kleiner ist als im Vorjahr und folglich der Ernteertrag erheblich größer wird. Die Regierung wird 20 Millionen Zentner Kartoffeln ankaufen und mit dieser Reserve dort eingreifen, wo Mangel vorhanden ist oder eine Preiserhöhung eintritt. Von den Sozialdemokraten wurde beantragt, daß auch das Reich beim Ankauf der Reservierten nicht an den früher festgesetzten Höchstpreis gebunden sein soll, sondern, wenn es möglich ist, auch für niedrigere Preise einkaufen soll. Schließlich wurde die Vorlage, wodurch die Zwangswirtschaft für Kartoffeln aufgehoben wird, mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen. Wegen die Vorlage stimmten die Sozialdemokraten und die Unabhängigen.

Bei der ersten Lesung stimmte die Mehrheit für unseren Antrag, wonach die Regierung berechtigt sein sollte, die Reserven auch für niedrigere Preise als für 30 M. pro Zentner einzukaufen. Kaum war dieser Antrag angenommen, so kamen den Agrariern doch Bedenken. Sie beantragten eine zweite Lesung und beantragten nun, die vorher einstimmig angenommene Einschaltung zu streichen, und nun stimmte die bürgerliche Mehrheit wieder für die höheren Kartoffelpreise! Sodann begann eine Debatte über die Frage, ob die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch aufgehoben werden soll. Diese Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. Außerdem soll in den nächsten Tagen eine Reihe von Ernährungsfragen erörtert werden.

Landfremd.

Von Paul Gutmann.

Ein Japaner, namens Kitafoto, fühlte nach langer Trennung von Deutschland, dem Land glücklich verlebter Studienjahre, wieder einmal das Bedürfnis, diese Städte seiner schönsten Jugendzeit aufzusuchen. Ob es derselbe Kitafoto war, der vor diesen Jahren, nach zweijährigem Besuch deutscher Universitäten ein naturalistisches Drama in drei verschiedenen deutschen Mundarten schrieb, ein von Autoritäten, darunter Fritz Mauthner, überaus günstig beurteiltes Buch, weiß ich nicht. Der Name ist in Japan häufig, so wie bei uns etwa der Name Lehmann. Kurz und gut, er war glücklich, jene freie geistige Luft wieder atmen zu dürfen, die ihn in seiner Jugend so sehr erquickt hatte. Zwar war manches wohl dort drüben anders geworden, das glaubte er, aber die Menschen mit ihrer Liebe für alles fremde bedeutsame Seelenleben mühten doch nach seiner Ansicht noch die gleichen geblieben sein.

Zu Deutschland angelangt, nahm er eine Zeitung vor und fand darin ein Wort, das er noch nicht kannte und dessen Bedeutung ihm unverständlich blieb. „Landfremd“ hieß dieses Wort. Da es auf Deutsche angewendet war, konnte er sich seine Bedeutung nicht erklären. Er entdeckte es in seinem Wörterbuch. Kurz darauf kam es ihm wieder unter die Augen. Er mußte sich jetzt vergegenwärtigen, welchen Sinn es hätte.

So ging er zu Professor Müller, der mit ihm vor etwa zwanzig Jahren in München studiert und für die Idee einer Weltverbändigung geschwärmt hatte. War das derselbe Müller noch, der vor ihm trat? Ein langer, hellblonder Vollbart, den er in eitlem Wohlgefallen oftmals streichelte, bedeckte fast seine ganze Brust. Mit rauher Stimme hieß er ihn willkommen, drückte ihn mit kräftigem Händedruck auf einen Sessel nieder, daß der kleine Gelbe vor Schmerzen fast gefahren hätte, wenn das nicht gegen die heimischen Gebote des Anstands gegangen wäre und sagte:

„Landfremd? Pah, mein Lieber,“ und seine Stimme erhob sich zum Donner, „wir sind andre geworden. Das Stahlbad, der Krieg, hat uns aus unserer verdammten Humanitätsfieselei gerissen. Landfremd ist, wer nicht unseres Blutes ist. Den wollen wir nicht.“

„Also bin ich landfremd?“ fragte bescheiden der Japaner.
„Gahaha,“ dröhnte Müllers Lachen. „Die gelbe Rasse kommt überhaupt nicht in Frage. Alles Asiatische muß zum Tempel hinaus. Wir wenden das Wort: „Landfremd“ hauptsächlich auf Deutsche an. Landfremd ist der Preuße in Bayern, der Sachse in Preußen und umgekehrt. Nur keine Sentimentalität. Bei uns muß es zugehen wie auf einer Kirchweih, wo ein Dorf das andere verprügelt. Das stählt die Muskeln. Dabei zeigte er seine Arme, die von einer mitteleuropäischen Magerkeit waren.“

Der Japaner lächelte noch verbindlicher als sonst. Bald darauf verabschiedete er sich.

Nachdem er noch mit verschiedenen anderen Leuten gesprochen hatte, die ihm Wehnliches sagten, setzte er sich hin und schrieb folgenden Bericht nach Hause: „Dieses Volk ist durch den Krieg einer schweren geistigen Bewirrung, einer Art Krankheit anheimgefallen. Vom Krieg war es der Ruhm Deutschlands getrieben, der Brennpunkt der geistigen Welt zu sein, die Lichtstrahlen aller Kulturen in sich aufzunehmen. Hier fand Lafcadio Hearn, der Amerikaner, der Japan für den Westen entdeckte, ein begeistertes Verständnis, hier wurde die traumhafte Ideenwelt Chinas und Indiens besser begriffen als anderswo auf Erden. Die Originalität dieses großen Volkes bestand in der Feinsichtigkeit, womit sie den leisesten Schwingungen der fremden Seelen nachspürten. Jetzt suchen sie ihre Eigenart in der Abstraktion und werden roh und anmaßend. Haben sie ihre Geschichte vergessen? Ihre Philosophie stammt aus Griechenland und Indien, ihr Recht aus Rom und Byzanz, ihre heiligen Bücher sind auf Hebräisch, Arabisch und Griechisch geschrieben. Ebenso ist es mit ihrer Kunst. Den Stil ihrer Kirchen haben sie aus dem alten Rom, Italien und Frankreich. Ihre Paläste wurden von französischen und italienischen Baumeistern gebaut. Den Stil ihrer Kleider entlehnen sie von England und Frankreich. Ihre größten Philosophen und Dichter nannten sich Weltbürger. Ihre gewaltigste musikalische Dichtung, das erhabene Kunstwerk aller Zeiten, spielt in dem Schrei: „Diesen Ruh der ganzen Welt!“ Wohin ist dieses Volk geraten? Welchen Weg geht es? Sie würden ihren Goethe heute aus Weimar verweisen; denn er stammt ja aus Frankfurt. Er ist Landfremd. Er, dessen Seherauge den Osten und den Westen erfaßte, würde zu hören bekommen, daß er den Ameisenhaufen, den man Weimar, Sträßwinkel oder Schöppensiedel nennt, nicht versteht.“

Also schrieb der Japaner. Denn er war ein guter Kenner Deutschlands und liebte dieses Land.

Russische Porträts. Bertrand Russell legt seine Eindrücke, die er bei der Reise der englischen Studienkommission nach Rußland erhalten hat, in der „Nation“ dar. Von besonderem Interesse sind seine Schilderungen der Volkswirtschaften: „Mit Lenin unterhielt ich mich in englischer Sprache. Er ist einfach, mittelam und ohne eine Spur von Ueberhebung. Seine Umwelt ist ganz schlicht. Er spricht besonders gern von der Marx-Lehre und von dem Kommunismus als Endziel der Revolution. Lächelnd weist er die Voraussetzung zurück, daß in England ein sozialer Fortschritt ohne Revolution eintreten könnte. Er ist vielmehr überzeugt, daß die Regierungsgewalt halb in die Hände der englischen Arbeiterklasse gelangen werde, die das gegenwärtige Verwaltungssystem als überwinden betrachte. Ungünstiger sei der russische Boden mit einer Bauernbevölkerung von 90 Proz. für den Kommunismus.“

Da bleibe nichts übrig, als die proletarische Bauernschaft gegen die kapitalistische handeln zu lassen.

Lenin gesteht, daß er selbst über die Festigkeit seiner Stellung erstaunt sei und führt sie im wesentlichen auf den Habitus der kapitalistischen Regierungen zurück. Lord Northcliffe verdiente einen Orden für die Volkswirtschaftenpropaganda und durch seine Schriften. Alle Nachrichten über die entsetzlichen Morde, Räubereien und Vergewaltigungen eigneten sich nur dazu, die Bourgeoisie zu schrecken, während sie auf das Proletariat gar keinen Eindruck machten.

Die Wurzeln der Leninschen Macht sind nach Russell in seiner Ehrlichkeit, in seinem stillen Mut und in seinem unerwarteten Glauben an das Vermächtnis von Karl Marx zu suchen. Weniger leicht ist Trotsky zu ergründen. Weniger wirkt er anziehender, selbstbewusster und sicherer als Lenin. Er spricht kein unüberlegtes Wort und hält seine Meinung über die Lage der Dinge vorsichtig zurück.

Auch Gorki hatte ich Gelegenheit bei meinem Aufenthalt in Petersburg zu sprechen. Er ist physisch und psychisch stark mitgenommen. Seine Zugehörigkeit zu den Volkswirtschaften erklärt er nur daraus, daß er jede andere Partei als noch schädlicher für das russische Volkswohl betrachte. Von festigem Hufsen unterbrochen, richtete er an mich die dringende Bitte, in englischen Blättern die großen Qualen und die entsetzlichen Leiden des russischen Volkes zu schildern, das seinem Untergang nahe sei. Gorki ist übrigens leider schon als Todeskandidat zu betrachten.

Die Sozialisierung der Theater. Der Entwurf des Sozialisierungsgesetzes, wie er von der Sozialisierungskommission vorgeschlagen ist, gibt den Gemeinden das Recht, Betriebe, die sie für die öffentliche Bewirtschaftung für geeignet halten, zu kommunalisieren. Der Entwurf unterscheidet dabei zwei Klassen von Betrieben. Die Sozialisierung der Klasse A kann ohne Zustimmung der Reichsregierung erfolgen, zur Sozialisierung der in Klasse B aufgeführten Betriebe bedürfen die Gemeinden dagegen der Zustimmung der Reichsregierung. Zu den Betrieben der Klasse A gehören außer Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerken usw. auch Lichtspiele und Theater. Danach sind die Gemeinden berechtigt, ohne eine Entscheidung der Reichsregierung abzuwarten, Theater unter ihre Kontrolle zu bringen und alle privaten Theater zu verbieten. Dieser Gedanke wird von der Wähnergemeinschaft unterstützt.

Bühnenchronik. Der Prozeß, den die Staatsoper gegen Frau Claire Du R. wegen Kontrollbruches angehängt hatte, ist zugunsten der Staatsoper entschieden worden. Frau Du R. wurde auch zur Zahlung der Konventionalstrafe verurteilt.

Kurze für die Leiter von Jugendämtern sind an der Universität in München für zwei Halbjahre vorgesehen. Nähere Auskunft vom dortigen Staatsanwaltschaftlichen Institut, Johannstraße 9.

Der Goldbergbau in Oberfranken, der jahrhundertlang geruht hat, soll wieder aufgenommen werden, um die goldführenden Erze bei Goldkronach auszubauen. Bereits im Jahre 1912 hatte sich ein wissenschaftliches Gutachten dafür ausgesprochen.

Geistige Gedichte sind die neueste Warte des Buchhandels — halb Zensur, halb wirtschaftliches Bedürfnis. Der Verlag G. Göttermeier, Berlin, hat, veranlaßt durch die Teuerung im Buchgewerbe, es unternommen, neue, kleinere Werke moderner Autoren durch die Schreibmaschine veröffentlichen zu lassen. Als erster erscheint der dramatische Dialog „Der Tod des Pietrot“ von Kurt Eric Meier. (Preis 30 und 15 M.)

Sozialdemokratie und Gymnasium

Kritik einer Kritik.

Von Dr. Erich Wille.

Dem Genossen Hugo Schulz danke ich für die eingehende Besprechung meines Artikels „Die Sozialdemokratie und das humanistische Gymnasium“.

Zunächst möchte ich bemerken, daß Genosse Schulz selbst einen geschichtlichen Axiom begeht, indem er mir einen solchen vorwirft. Er behauptet, die Solonischen Klassen hätten keine Vorteile für die Besitzenden geschaffen.

Ich habe aber nicht behauptet, daß in der Schule griechische und römische Geschichte nicht mehr behandelt werden soll. Manche Teile können sogar sehr lehrreich sein.

Ich habe auch nicht verlangt, wie es Genosse Schulz behauptet, daß Ariasgeschichten überhaupt nicht mehr in der Schule behandelt werden sollen.

Ich habe in meinem Aufsatz erwähnt, daß in der Schule besonders solche lateinischen und griechischen Schriften gelesen werden sollen, die einen anderen Charakter haben.

Wenn man nun die Schüler mit solchen Werken bekannt machen will, wie sie eben erwähnt worden sind, würde es da nicht genügen, ihnen eine Auswahl in guter Uebersetzung zu bieten?

Ich kann nicht Norwegisch, aber habe mich eingehend mit Lebens-Weisen in guter deutscher Uebersetzung beschäftigt und ihn auf diese Weise besser kennen gelernt.

Genosse Schulz meint, man müsse Griechisch lernen, um nicht die ganze bisherige wissenschaftliche Literatur, die tausend griechische Begriffsbestimmungen enthalte und täglich neue schaffe, umgearbeiten zu können.

Genosse Schulz meint, der altsprachliche Unterricht sei ein unüberwindliches und unerträgliches Mittel der geistigen Disziplinierung des Denkbills.

Bezirkstag für Groß-Berlin.

Die Fortsetzung des am 8. August vertagten Bezirkstages findet

Sonntag, den 22. August, vormittags 9 Uhr, in den „Germania-Festsälen“, Chausseest. 110 statt.

Zur Verhandlung steht die Reorganisation des Bezirksverbandes und Beschlußfassung über das neue Organisationsstatut, sowie Wahlen und Anträge.

Die Abteilungs- und Ortsvorstände werden ersucht, die ihnen zugegangenen neuen Mandate an die Delegierten anzuhändigen und zu veranlassen, daß alle Mandate ausgeübt werden.

Mittel dazu ist er ja allerdings, daß er aber ein unüberwindliches und unerträgliches ist, muß ich bestritten. Durch die Erlernung der lebenden Sprachen kann fast dasselbe erreicht werden.

Genosse Schulz führt allerdings einen wichtigen Beweisgrund für seine Behauptungen an, nämlich die Tatsache, daß Wilhelm II. auch das humanistische Gymnasium nicht besonders schätzte.

Schließlich wendet sich auch Genosse Schulz dagegen, daß ich Ebert und Scheidemann als Beispiel dafür angeführt habe, daß man auch etwas Bedeutendes im Leben leisten kann, ohne Lateinisch und Griechisch in der Schule gelernt zu haben.

Hierzu schreibt und Genosse Schulz: Die Diskussion, die Genosse Wille hier entfacht hat, kann leider nicht abgeschlossen, sondern muß abgebrochen werden, weil das Ziele, was ihm noch zu erwidern wäre, den engen Rahmen einer Tageszeitung sprengen würde.

Heute kann ich leider nur einige den Kern der Sache betreffende Bemerkungen der Ausführungen Willes entgegenstellen. Zunächst muß ich doch wieder auf den armen Solon zurückkommen, weil es doch nicht angeht, den Bahndrucker und Vorläufer der altischen Demokratie, die allerdings erst nach ihm durch die Reformen des Perikles ihre weitere Ausbildung erfuhr, mit den preußischen Nummern in einen Topf zu werfen.

Kann genau von Solon und nur noch eine Bemerkung über den oft gebrauchten Einwurf, daß man die alten Klassiker auch in Uebersetzungen lesen lassen kann. Ja, das kann man, aber sie würden mit ihrer Ausdrucksform, die eben altersmäßig und von der untrigen sehr verschieden ist, bei der Jugend noch weit weniger Interesse und Aufmerksamkeit finden, als wenn sie genötigt ist, sich durch mühseliges Sprachwissenschaftliches Studium in den Geist, in den Stil und selbst in den Rhythmus der alten Autoren einzuordnen.

Groß-Berlin

Die Jagd auf Ratten.

Die neuen Maßnahmen der Stadt Berlin. — Der Marsch der Matten durch die Untergrundbahn.

Der Kampf gegen die Ratten Berlins hat begonnen. Um der immer mehr um sich greifenden Mattenplage Herr zu werden, hat verpflichtlich der Berliner Magistrat angeordnet, daß alle Hausbesitzer verpflichtet sind, die Ausrottung dieser gefährlichen Tiere vorzunehmen.

Gegen der Erde.

Roman von Kurt Hamjun.

Geißler schweigt und schaut Sivert an. Dabei fällt ihm auch der große Sad in die Augen und er fragt: „Was hast du da?“ — „Waren“, antwortet Sivert. „Wir wollen damit hinunter ins Kirchfeld.“

Geißler bezeugt keine besondere Teilnahme für diese Antwort, er hat sie vielleicht gar nicht gehört, er fährt fort: „Ich will also die Steine zurückkufen. Das letztemal ließ ich meinen Sohn verkaufen, der ist ein junger Mann deines Alters und weiter nichts.“

Ich denke an deinen Vater, er ist einer von den zweihunderttausend. Was ist so mancher andere? Ich bin etwas, ich bin der Rebel, ich bin hier und ich bin dort, ich wage hin und her, zuweilen bin ich der Regen auf einer dünnen Stätte.

Blötzlich kommt Geißler gleichsam wieder zu sich und fragt: „Habt ihr den Heuboden auf eurem steinernen Stallgebäude aufgeschlagen?“ — „Ja, und der Vater hat auch noch ein Wohnhaus gebaut.“ — „Noch ein Wohnhaus?“ — „Ja, für den Fall, daß jemand kommt, sagt er, für den Fall, daß der Herr Geißler kommt.“

Geißler gähnt wieder, steht auf und sagt: „Wenn du hinunter willst, so wollen wir jetzt gehen.“ Sie gehen miteinander den Berg hinunter, Geißler stapft hinterdrein und ist schlapp und müde.

das Leben, höflich, aber bestimmt. Und dann beginnen die Klagen über das Leben, das Toben gegen das Leben. Jeder nach seinem Gefallen, einige haben wohl Grund zur Klage, andere nicht, aber niemand sollte gegen das Leben toben.

Geißler kommt wieder zu sich und sagt: „Wir wollen das auf sich beruhen lassen.“ Er ist augenscheinlich müde, er gähnt. „Willst du hinunter?“ fragt er. — „Ja.“ — „Das eilt nicht. Du bist mir noch einen weiten Gang über die Berge schuldig, lieber Sivert, weicht du noch?“

Sie gehen miteinander den Berg hinunter, Geißler stapft hinterdrein und ist schlapp und müde. Die Karawane hat an der Lände halt gemacht, der müntere Friedrich Ström ist dabei, Kronen freigen zu lassen.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft

Freie Getreidezufuhr?

Die freie Einfuhr von Brotgetreide wird neuerdings vom Verband der süddeutschen Getreidehändler und -märkte in einer Eingabe vom 15. Juli an den Reichsernährungsminister lebhaft befürwortet. Die Eingabe geht davon aus, daß die günstigen Ernteaussichten es erlauben, eine nur noch durch eine Meldepflicht eingeschränkte Einfuhrfreiheit für Brotgetreide zuzulassen. Der Annahme, daß die diesjährige Getreideernte unsere Ernährung sicherstellt, halten wir eine Feststellung entgegen, die der „Bären-Courier“ in seiner Nr. 81 zur Begründung der Einfuhrprämien für Mais macht. Da heißt es:

Aus Kreisen der Hamburger Getreidehändler sind in letzter Zeit mehrfach Vorschläge gemacht worden, die nicht allein auf eine vollständige Freigabe der Maiszufuhr zielen, sondern darüber hinaus die Gewährung einer Einfuhrprämie fordern, um den Preis für Mais noch unter den Höchstpreis für Brotgetreide herabzudrücken und damit dem Landwirt jeglichen Anreiz zur Verfrachtung des für die menschliche Ernährung in Betracht kommenden Getreides zu nehmen. Diese Vorschläge verdienen um so ernster Beachtung, als sich von Tag zu Tag deutlicher erkennen läßt, daß das Ergebnis unserer diesjährigen Roggenernte wahrscheinlich noch hinter dem der vorjährigen zurückbleibt, so daß die Aussichten unserer Ernährung keineswegs geklärt sind.

Die geringfügigen Erfolge der Frühdruschprämie beweisen, daß die Ernährungslage selbst bei dem verhältnismäßig immer noch günstigen Ausfall der Ernte alles andere als gut ist. Dann aber bedeutet bei dem starken Mehrbedarf an Auslandsgetreide die Freigabe der Einfuhr eine Gefahr für den heimischen Verbraucher schon deshalb, weil die privaten Einkäufer in sicherer Aussicht auf Gewinn sich am Weltmarkt gegenständig überbieten. Darum ist zu fordern, daß der Einkauf von Brotgetreide und noch mehr der von Mais — wenn dieser mit einer Prämie bedacht werden soll — im Ausland organisiert und unter Ausschluß von Spekulationsmomenten erfolgt, deren Kosten der Verbraucher zu tragen hat.

Die Kapitalerhöhung der A. G. W. wird in Mitteilungen der Verwaltung an die Handelspresse damit begründet, daß die unausgesetzte Steigerung der Umsätze und die Geldentwertung eine Vermehrung der Betriebsmittel notwendig gemacht habe. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß jetzt von den Abnehmern nicht mehr bar bezahlt wird und deshalb zur „Finanzierung“ der Kundenschaft durch Kredite erhebliche Mittel benötigt werden. Für das Ausland sind die neuen Vorzugsaktien nicht bestimmt. Die A. G. W. wird nach Durchführung der Kapitalaufnahme dreieinhalb bis vier Millionen Mark Kapital haben wie vor dem Kriege und ist dann mit ihren 550 Millionen Mark Aktienkapital das zweitgrößte deutsche Industrieunternehmen.

Zusammenschluß der Baumaterialien-Großhändler. In Leipzig haben sich, wie die „Börs. Ztg.“ meldet, die Baumaterialien-Großhändler zu einem Verband zusammengeschlossen, der sich kein geringeres Ziel gesetzt hat, als das gesamte deutsche Baumaterial unter seine Fittiche zu nehmen. Dem Verband dürfen nur solche Baumaterialien-Großhandlungen angehören, die schon vor

dem Kriege bestanden haben. Der Verband beabsichtigt, unter Ausschluß der im Kriege entstandenen Schieberfirmen das Bau- und Siedlungswesen zu finanzieren. Zu diesem Zweck soll eine besondere Bank gegründet werden. Besonders will man den Siedlungsgesellschaften zu Hilfe kommen und glaubt, diesen das Bauen unter Ausschluß des sogenannten Pfandhandels um etwa 20-30 Proz. verbilligen zu können.

Schließung der Schuhfabriken im Elsaß. Die Association des Fabricants de Chaussures de l'Alsace et de la Lorraine beschloß einstimmig die Schließung aller Leder- und Schuhwaren-Fabriken. Sie begründet dies damit, daß der Verkauf in den Detailgeschäften seit mehr als einem Monat fast vollständig aufgehört habe und für die Fabrikanten keine Aufträge vorlägen.

Gerichtszeitung.

Preisdiebstahle in Berliner Hotels.

Das Doppelleben des angeblich Geisteskranken.

Ein eigenartiges Doppelleben muß der Kaufmann Friedrich Landau geführt haben, wenn die Behauptungen einer Anklage richtig sind, die ihn demnächst vor die Strafkammer des Landgerichts I führen wird. Der in Ost befindliche L. ist schon mehrfach wegen Diebstahls verurteilt, u. a. in Karlsruhe mit 2 1/2 Jahren Gefängnis, dann im Juli v. J. mit 1 Jahr Zuchthaus, die er aber noch nicht verbüßt hat.

Landau pflegte, wie die Kriminalpolizei behauptet, sofort nach seiner Verhaftung den schwerkranken Rückenmarkleidenden zu spielen. Obwohl er bereits einmal zu Zuchthaus verurteilt wurde, mußte ihn das Gericht auf Grund des Gutachtens auf freiem Fuße belassen. Einige Tage später war Landau schon wieder nächstlicher Gast in einem Spielklub, wo er unsinnige Summen schied und verpielte. Wie die Anklage behauptet, soll Landau sich die Mittel aus dieser Spielereienschaft schöpfen zu können, durch eine ganze Reihe raffinierter ausgeführter Diebstahlsfälle vertrieben haben, wobei er, der angeblich schwerkranken Rückenmarkler sich sogar als Fassadenkletterer betätigte. Ende Dezember v. J. wurde er endlich im Continental-Hotel auf frischer Tat ertappt, wie er in dem Zimmer der Gräfin Hohenau gerade deren Schmucksachen zusammengepackt hatte. Der „Schwerkranker“ sprang blutbesudelt aus dem Fenster und blies mit gedrohenen Weinen auf der Straße Regen. Bei ihm wurden 2 Stemmweifen, 5 Hockerschloßschlüssel d. h. solche, welche sämtliche Türen eines Hotels öffnen können, ferner ein ganzes Bündel verschiedener Spinn-, Koffer- und Schreibschlüssel vorgefunden.

Nach der Angabe der Anklage soll Landau im Espianade-Hotel, Bristol-Hotel, Fürstehof, Hotel Adlon u. a. folgende Diebstahle verübt haben. Es wurden gestohlen: dem Staatssekretär von Kühmann Schmucksachen im Werte von 30 000 M., der Herzogin von Pleh solche im Werte von 11 000 M., dem schwedischen Direktor Anker ein Pelz im Werte von 30 000 Kronen, dem Vandalen Felix Thudner 105 000 M. bares Geld, dem Kaufmann Robert Gaalen 98 000 M., dem Kommissionsmitglied Rodewald Goldsachen im Werte von 60 000 M., dem Kaufmann Salomon Wepsan 265 540 M., dem Kaufmann Rubin Rimlowicz 120 000 Jarentschel usw. — Landau selbst, der diese Diebstahle bestreitet, liegt zurzeit im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses, wo er auf seinen Geisteszustand untersucht wird. Von dem Ausgang dieser Untersuchung hängt es ab, ob gegen Landau verhandelt werden oder ob er einer Irrenanstalt überwiesen wird.

Aus aller Welt.

Aufhebung großer Schmalzfabriken. Nachdem von den Beamten der Deutscher Wucherstelle in der letzten Zeit schon wiederholt Schmalzhandelsware auf dem Bahnhof wagonweise beschlagnahmt worden war, sind jetzt 8 Waggons Schmalz, die einen Wert von annähernd einer Million Mark darstellten, der Beschlagnahme verfallen. An der Schließung sind vier Personen aus der Gegend der holländischen Grenze beteiligt, die mit nach Deutschem gekommen waren und deren Namen festgestellt werden konnten. Um das beschlagnahmte Schmalz dem Verderben nicht preiszugeben, hat die Reichsstelle den sofortigen Verkauf freigegeben.

Polnische Musterung. In Pabitz hat vor einigen Tagen eine Musterung stattgefunden, zu der 250 junge Leute erscheinen mußten. Die Musterungskommission konnte jedoch nur sechs Mann für den polnischen Heeresdienst buchen, denn alle übrigen optierten für Deutschland, so daß sie für die polnische Musterung nicht in Frage kamen. Von den sechs Mann, die sich zur Eingebung bereit halten müssen, sind drei rekrutiert, die in polnischen Diensten stehen, sich mit Rücksicht darauf mühten lassen mühten und das taten in der Hoffnung, weiterhin rekrutiert zu werden. Die anderen drei sind Kontrahenten. Infolge dieses Mißerfolges ließ die Musterungskommission bekanntgeben, daß alle weiteren Musterungen aufgegeben sind. Aus Wut über die mißlungene Musterung hat die polnische Behörde über Pabitz den verschärften Besatzungszustand verhängt.

Das Gefangenlager in Gardelegen. Die Zustände in dem Gefangenlager Gardelegen, in welchem sich noch etwa 5500-6000 Russen befinden, sowie die täglich zunehmende Verlastigung der Bevölkerung haben, wie die P. V. N. erfahren, den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen veranlaßt, die Wachkompanie des Lagers durch eine Hundertschaft der Magdeburger Sicherheitspolizei zu verstärken.

Abgeleiteter Besuch. Seit längerer Zeit hatten die Tschechen angekündigt, daß am 15. August ein großes Solofest auf dem Dreifesselberg stattfinden werde. Es sollte dies eine nationale Demonstration für die tschechische Forderung auf den deutschen Böhmerwald sein. Die Reichsregierung von Bayern hatte aber durch Reichswehr am 14. und 15. August die Grenze absperrern lassen. Das tschechische Fest konnte daher nicht stattfinden. Nur Deutsche und Deutschböhmische waren mit deutschen und bayerischen Fahnen auf dem Dreifesselberg erschienen.

Kindererzoge: „Du, Mutti, liegen im polnischen Korridor auch Teppiche?“

Briefkasten der Redaktion.

H. D. S. P. D. Senden Sie sich an den Metallarbeiterverband, Altonaer Str. 83. — J. 1. 1. u. 2. Rein. 3. Vertragspflichtig waren alle mit mehr als 10 000 M. Vermögen. — W. M. 5. Rein, sofern nicht etwa besondere Vereinbarungen vorliegen. — W. S. 100. Rein, nur wenn der Steuerpflichtige ein „Steuerbefreiungsscheide“ oder ein „Anforderungsscheide“ erhält, ist neben dem 10prozentigen Lohnabzug eine Einkommensteuer zu entrichten. — Reutlin 17. Unseres Wissens bezieht kein Verbot. — J. 3. Der Umfang der Arbeitsordnung genügt. Ausbändigung ist nicht Vorbedingung ihrer Abfertigung. — G. P. 13. Legen Sie Beschwerde beim Oberverwaltungsamt ein. — A. G. 70. Gegen das Verfahren ist nichts einzuwenden. Schildern Sie Ihre Laer. Von Ihrer Entlassung wird man wahrscheinlich absehen. — M. S. 47. Ja, die Verordnung besteht. — W. 23. 61. Rein. — P. 31. Rein. — C. D. 70. Unseres Erachtens sind Sie versicherungspflichtig. Schreiben Sie aber, ob Sie nicht die Invalidenrente fordern können. — A. W. 2. Ja.

Billiges Angebot!

- | | | | |
|---|-------|--|--------|
| Damen-Strümpfe
feinl. Edle Qualität,
engl. lang mit Doppelschleife, Hochferse,
schwarz und lila-rotfarbig Paar | 12 50 | Herren-Socken
In Qualität,
schwarz, leder,
mahagoni, haltbare Qualität Paar | 9 75 |
| Damen-Strümpfe
feinl. Edle Qualität,
engl. lang mit Doppelschleife, Hochferse,
schwarz, weiß und lila-rotfarbig Paar | 14 50 | Herren-Einsatz-Hemd
In Tricotgewebe, mit gutem Einsatz,
gute Verarbeitung | 49 50 |
| Damen-Strümpfe
feinl. Edle Qualität,
25 moderne Schuhfarben, Doppelschleife,
Hochferse Paar | 18 50 | Herren - Garnituren
sehr elegant verarbeitet, mit Satin-
besatz, schönen Farben . . Garnitur | 125 00 |
| Damen-Strümpfe Ia
Seidenfarb., alle modernen Schuhfarben,
Marka Hermeta, Ersatz für Seide Paar | 23 50 | Kinder-Sweater
Wolle, plat. reißende
Master, mit u. ohne Krage 49,50, 39,50 | 29 50 |
| Damen - Strümpfe Ia
Seidenfarb., alle modernen Schuhfarben,
Marka Hermeta, Ersatz für Seide Paar | 29 50 | Schlupf-Höschen
In feinl. Edle Qualität,
Qual., viele mod. Farben, dopp. Schritt | 29 50 |
| Kinder-Strümpfe Ia
Baumw. Qualität
schwarz u. lila-rotfarbig, weiß, Marka Hermeta
Paar 16,50, 14,50, 12,50 | 8 50 | Schlupfhöschen
In Seidenfarb., Hochferse,
elegante, feinl. Edle Qualität . . . Paar | 39 50 |

Tramaseidene Strümpfe In feinsten, eleganten Qualitäten alle modernen Farben Paar 95.— 78 50

Strumpfhaus Metzger

Leipziger Straße 89, Ecke Markgrafenstraße
Frankfurt a. M., Zell 57, Goethestraße 21.

Wanzen · Läuse · Motten

sind schnell auszurotten.

ebenfalls beständig die Krätze u. Hautjucken wenn Sie unsere gefahrl. Mittel und schmerzlos gef. Präparate verwenden

- „Pax“ garant. sicher wirk. Mittel geg. Wanzen u. Brut
- „Reyberol 1“ geg. Krätze, Hautjuck., Ausschlag
- „Reyberol 2“ gegen Kopfläuse und Brut
- „Mottenteufel“ bester, sauberst. Mottenschutz

Erhältlich in Drogerien.

Für sofortige Wirkung unserer Präparate leisten wir volle Garantie. Darum lassen Sie sich nichts anderes aufreden.

Reyher & Behrens Fabrik pharmazeutisch-technischer Präparate. / Berlin 558, Planitzer Str. 20

Beachten Sie unsere Reklameplakate.

Werke Meister

Für den Kleinfabrikanten ist es ein großer Vorteil, wenn er seine Fabrikation mit den neuesten technischen Hilfsmitteln ausstatten kann. Die Werke Meister liefern eine große Anzahl von solchen Hilfsmitteln, die sich durch ihre Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Haltbarkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Werkzeugen, die sich durch ihre Genauigkeit und Haltbarkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Maschinen, die sich durch ihre Leistungsfähigkeit und Haltbarkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Vorrichtungen, die sich durch ihre Einfachheit und Zweckmäßigkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Werkzeugen, die sich durch ihre Genauigkeit und Haltbarkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Maschinen, die sich durch ihre Leistungsfähigkeit und Haltbarkeit auszeichnen. Die Werke Meister liefern auch eine große Anzahl von Vorrichtungen, die sich durch ihre Einfachheit und Zweckmäßigkeit auszeichnen.

Zählige 113 20
Ceder-Steppetinnen
im Hause der. Rosenbergs
u. Köpcke, Dierckstraße 47.

Zigarren

Euch noch einige Feuer-
abnehmer für Zigarren (feine
Blauflor) in der Preisliste
420 bis 900 pro Kiste, 1/10 und
1/20, vertriebt. Probe - Kiste
600 Stück sortiert. 1.
70 - 100 - 54.-
80 - 100 - 60.-
90 - 100 - 65.-
1 - 100 - 72.-
1,20 - 100 - 80.-

Zigarillos

von 240-400 Stk.
Fritz A. Ziegler,
Berlin 68, Komfstraße 30

Sozialdemokratie und Schule

Dr. Otto Bournatz
Der Volkslehrer
im Volksstaat
Hft. 1, 20

Dr. Richard Lehmann:
Die Arbeit
im Elternbeirat
Hft. 1, 50

Heinrich Vahlte:
Die
weltliche Schule
Hft. 1, 50

Dr. Max Apel:
Die Volksschule
als Einheitschule
Hft. 1, 25

20% Zuschlag
Buchh. Vorwärts
Lindenstr. 2

Achtung! Ausschneiden!
Brauche wieder dringend
alte Zahngelisse, auch
zerbrochene, höchste Preise.
Urban, Britzer Straße 20,
Hof links, oder Postkarte.

Lumpen
Papier
Metalle
Eisen
kauft ständig zu höchsten
Tagespreisen
H. Samuelsohn, Naun-
straße 35
Moritzpl. 450.

1. Betriebsleiter.

S. P. D. Großdruckerei, Zeitungsverlag Nord-
deutschlands sucht einen zuverlässigen Leiter
für den Gesamtbetrieb. Es wird verlangt gründ-
liche Kenntnis des gesamten technischen und
kaufmännischen Druckereibetriebes auf Grund
mehrjähriger Erfahrung. Angebote mit Gehalts-
ansprüchen unter Angabe der bisherigen Tätig-
keit an H. Mühl, Kiel, Gutenbergstr. 64. 180/6

Redakteur-Gesuch.

Für die **Dresdner Volkszeitung** werden ein erfahrener,
journalistisch tüchtiger Redakteur für den politischen und ein
Redakteur für den prozentischen und lokalen Teil gesucht.
Bewerbungen sind bis spätestens 1. September einzureichen an
den Vorständen der Druckerei, Carlshof, Dresden-Volkstempel,
Dresdner Volkszeitung, Dresden-V., Wettinerplatz 16/11.

Tüchtige Inseraten-Akquisiteure

gegen Provision und Fixum von einer großen Berliner Tages-
zeitung gesucht.
Offerten unter D 5 an die Geschäftsstelle des „Boroberts“,
Lindenstr. 3.

Erfahrener Meister,

der gute Kenntnisse in der Fabrikation von 16/6
Rasierklingen
besitzt, wird baldmöglichst von hiesiger größerer Firma bei
guter Gehaltszahlung. Verlangt wird erstklassige Kraft,
die auch bereits praktisch als Werkzeugmacher oder Ein-
richter tätig war. Offerten mit Angabe der Gehalts-
ansprüche unter J. S. 21788 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Zum sofortigen tüchtigen Vöterinnen

zur Klappenschneide und Telefonapparate gesucht.
Zempel,
C. Lorenz, Aktiengesellschaft,
Lützowpl.

Dr. med. Hollaender,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung,
Blutuntersuchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2,50.
Berlin W 8, Leipziger Straße 103 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4*

Keine Wanze mehr. Kammerjäger
Bergs Radikalmittel
„NICODAL“, Erfolg verbilligend. — Restlose Vertilgung.
Beste Zeit zur Brutverhütung.
Kinderleicht anzuwenden, altbewährt, Doppelpack M. 5.—
Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim.
Bitte ausdrücklich nur „NICODAL“ zu verlangen.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink
und Blei, auch Platin, Gold u.
Silberbruch läuft hochgezogen
* Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Germannpl.) Tel. 13556

**Perlen
Juwelen**
Sehr großer Silberlager
Margraf & Co. G.
Kanonenstraße 9
Tasentzenstraße 16 a.

Mügeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-, Dieder-, Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Rortzplatz 13972. Ede Voltairerstraße. Rortzplatz 13973.

Waffen
aller Art kaufen und
verkaufen **Frank & Co.**
W 8, Markgrafenstr. 30

Transportarbeiter-Internationale gegen Kriegserneuerung.

An die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder!

Kameraden!

Der im März d. J. in Kristiania abgehaltene Internationale Transportarbeiterkongress hat einstimmig beschlossen, daß die Internationale Transportarbeiterföderation und die ihr angeschlossenen Organisationen alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden werden, um eine Erneuerung des furchtbaren Jammers zu verhüten, den der Weltkrieg über die Völker gebracht hat.

Der Augenblick, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, ist gekommen!

Die kapitalistischen Regierungen versuchen, durch tatkräftige Unterstützung des polnischen Reiches, das Rußland angefallen und nun die Folgen seines imperialistischen Strebens zu tragen hat, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Der Vorstand der Internationalen Transportarbeiterföderation läßt an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder den dringenden Ruf ergehen, alle Versuche derjenigen, die das Proletariat neuerlich zur Schlachtbank führen wollen, mit allen Mitteln zu vereiteln. Er verlangt von ihnen, daß sie — in Uebereinstimmung mit der Haltung der Arbeiter in jenen Ländern, die sich bereits dem Transport von Waffen und Munition widersetzt haben, — sich überall einmütig weigern, Kriegsmaterial und Truppen, die die kapitalistische und imperialistische Reaktion gegen Rußland aufbieten will, zu verladen, zu versenden und zu befördern.

In dieser Stunde ist die internationale Klassenolidarität des Proletariats im Kampf gegen die internationale kapitalistische Reaktion mehr Not denn je! Das internationale Proletariat verlangt Frieden und Freiheit! Es muß bereit sein, Opfer zu bringen, um diese höchsten Güter der Menschheit zu erobern und zu wahren.

Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder!

Der Augenblick zum Handeln ist da!

Verweigert die Beförderung jeglichen Kriegsmaterials, das die kapitalistischen Machthaber nach Polenschiicken wollen!

Verweigert die Beförderung aller Soldaten, die die Ententeregierungen gegen Rußland ins Feld senden möchten!

Beweist Eure internationale Solidarität!

Gegen die militaristische Gewalt der kapitalistischen und imperialistischen Regierungen die einmütige Arbeitsverweigerung des international organisierten Proletariats!

Für die internationale Transportarbeiter-Föderation:

Robert Williams, Vorsitzender.

Edo Jimmen, Sekretär.

Lloyd George und die Arbeiteraktion.

Lloyd George sagte in seiner Unterhausrede mit Bezug auf die von der Arbeiterkongress unternommene Aktion, es sei ein gefährliches Unternehmen, zu erklären, daß ein Sowjet auf die britische Verfassung aufgepfropft werden müßte, und daß die Verfassung einen Aktionsausbruch einschließen sollte, der nur einen Teil der Volksgemeinschaft betreife. Das sei eine der furchtbarsten Herausforderungen, die jemals an die Demokratie gerichtet wurden. Jede Regierung müsse ohne Zögern den Handschuh aufnehmen. Niemals sei eine außerhalb der Verfassung stehende Maßnahme weniger berechtigt gewesen. Die Arbeiterpartei habe genau die Politik der Regierung gefolgt. Lloyd George erklärte zum Schluß, ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Vorgehen sei unter allen Umständen verkehrt und gefährlich. Wenn es sich aber nicht einmal um eine Frage handele, bei der das Land in Gefahr schwebte, so sei es ein gar nicht zu rechtfertigendes Vorgehen. Es verfolge lediglich den Zweck, bei dem Lande den Eindruck zu erwecken, daß es ohne diese Drohung Krieg gegeben haben würde.

Lloyd George will den Aktionsrat nur sehen, wenn er ihm Positives mitzuteilen habe, aber nicht mit ihm diskutieren.

Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge hat der Aktionsausbruch der englischen Arbeiter beschlossen, den 22. August zum „Friede-mit-Rußland-Sonntag“ zu erklären und zur Abhaltung von Kundgebungen in allen Städten und Dörfern aufzurufen.

Der Präsident der parlamentarischen Sektion der englischen Arbeiterpartei, Adamson, und der Präsident des Transportarbeiterverbandes, Gosling, sind Dienstag in Paris eingetroffen und haben sich mit Jouhaux (C. G. T.) besprochen.

Lloyd George soll nun, nach der Verzögerung des Parlaments, doch in die Schweiz reisen.

Ramenew fordert Aufklärung.

London, 17. August. (Holländisch Neuwsbureau.) Ramenew schrieb Lloyd George einen Brief, in dem er Aufklärung über Englands Haltung gegenüber Brangel verlangt und erklärt, durch die französische Anerkennung werde die Brangelfrage jetzt eng mit der Frage des allgemeinen Friedens verknüpft. Er frage daher, ob England, das früher zugunsten Brangels tätig gewesen sei, jetzt bereit sei, weitere Schritte zu tun, die die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland erleichtern können. (Lloyd George hat bekanntlich im Unterhause mitgeteilt, daß die britische Mission, die sich bei General Brangel befand, seit längerer Zeit zurückberufen wurde und daß England für keine offenstehende Operationen Brangels auch nur die geringste Verantwortung übernehme.)

Osag, 17. August. (Holländisch Neuwsbureau.) Die Moskauer Regierung telegraphiert ihrer Delegation nach London, daß fünf britische, ein amerikanischer, ein indischer, ein belgischer, ein deutscher und ein norwegischer Syndikalisten am 18. August in Moskau eingetroffen seien zur Teilnahme an dem Internationalen Rat der Arbeiter- und Berufsorganisationen. Durch ihre Ankunft hätten sie gleichzeitig grundsätzlich erklärt, daß sie mit den fundamentalen Grundsätzen der Moskauer Konferenz, zu der sie einzutreten, einverstanden seien. Die Moskauer Regierung ersucht ihre britische Delegation, ihre Politik nach dieser Information einzurichten. (Uebrigens sind die Syndikalisten bedeutungslos; das weiß man natürlich auch in Moskau, und wenn man Politik treiben will, wird man sie schwerlich auf diesen belanglosen Delegierungen aufbauen. Red.)

Gahn und Frossard, die moskaubegeisterten Delegierten der französischen sozialistischen Parteimehrheit, haben ihre Kammer als Chefredakteur der „Humanité“ und als Parteisekretär niedergelegt und wollen nun die Entscheidung der Partei abwarten, der ihre Reiseberichte zugunsten Moskaus vorarbeiten sollen.

Orgesch vor dem Ende.

Severing bestätigt das Verbot für Preußen.

Das Vorgehen des Oberpräsidenten Göring gegen die Orgesch und das Verbot dieser Organisationen durch den Innenminister Severing auch durch einen Erlaß an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg hat bei einzelnen rechtsstehenden Blättern die denkbar schärfste Gegnerschaft gefunden. Insbesondere sprach die „Deutsche Tageszeitung“ von einer „Raschawirtschaft Görings“, während die „Kreuzzeitung“ vom Montagabend Minister Severing auf das schärfste angreift und der preußischen Staatsregierung parteipolitische Voreingenommenheit vorwirft.

Minister Severing hat inzwischen, wie die P. B. N. erfahren, seine Stellungnahme noch eindeutiger dadurch präzisiert, daß er am 15. August einen Erlaß an sämtliche Oberpräsidenten mit Ausnahme von Oberschlesien und Ostpreußen herausgegeben hat, der folgendermaßen lautet:

„Die am 14. Juli erteilte Anweisung, gegen private Selbstschutzorganisationen vorzugehen, wird hierdurch nachdrücklich wiederholt. Die Bildung der sogenannten Orgesch ist ein Verstoß gegen die Verfügung des Staatsministeriums, die Auflösung der Einwohnerwehren betr. und daher ungesetzlich. Gegen die Bildung von Orgesch-Organisationen und ähnlichen Vereinigungen ist mit Verbot bzw. Auflösung vorzugehen.“

Weniger Angelegenheiten deuten darauf hin, daß vor Wirksamkeit des Entwaffnungsgesetzes versucht werden wird, verstreute Waffen zu verschieben. Ich ersuche nachgeordnete Behörden anzuweisen, mit größter Aufmerksamkeit diesen Dingen zu folgen und bei Ungehehrlichkeiten entschieden einzuschreiten.“

Innenminister Severing.

Einige Berliner Blätter sprechen von einer Reichstabinetssitzung, die sich mit der Frage der Orgesch beschäftigen sollte. Wie die P. B. N. dazu erfahren, hat Minister Severing hier Gelegenheit gehabt, seinen Standpunkt auch in bezug auf das Vorgehen Görings ausführlich darzulegen. Er zeigte, daß erwiesen sei, daß die Orgesch eine bewaffnete Selbstschutzorganisation sei und damit so ipso facto gesetzwidrig wäre. Das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung sei zwar bereits mit seiner Veröffentlichung in Kraft getreten, aber noch nicht in Wirksamkeit, weil die Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen seien. Auf keinen Fall aber dürfe hier ein Vakuum zwischen dem Zeitpunkt des Inkraft- und des Inwirksamkeitretens entstehen, da dies sonst zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. Nach seiner Ansicht seien die Polizeiminister der einzelnen Bundesstaaten als die berufenen Garanten der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verpflichtet, bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen durch das Reich aus eigener Initiative im Geiste des Entwaffnungsgesetzes die Bevölkerung vor Waffenansammlungen in den Händen irgendwelcher politischen Gruppen zu schützen. Er werde deshalb auch weiter auf dem Wege fortschreiten, den er mit dem strikten Verbot der Orgesch beschritten habe.

Nach einer Meldung der „Berliner Vorkriegszeitung“ werden die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz, die der Entwaffnungskommission unter Teilnahme des ihm zur Seite gestellten parlamentarischen Beirats aufzustellen hat, in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Laut „P. B. N.“ hat der Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern, Dr. Freund, der Verfasser des bedenklchen Erlasses zugunsten der Orgesch, einen Urlaub angetreten. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich nur um einen planmäßig vorgesehenen Erholungsurlaub, Dr. Freund wird bereits Ende des Monats sein Amt wieder verwalteten. Und schien ein längerer Urlaub für den Herrn recht empfehlenswert.

Kulenkampf abgebligt.

Auf den Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Kulenkampf-Randenburg, der die Entsendung eines „unparteiischen“ (lies: reaktionär befangenen) Untersuchungskommissars nach Magdeburg verlangte, hat, wie die P. B. N. hören, Staatskommissar Dr. Weigmann die Entscheidung hierüber dem Minister des Innern, Severing, überlassen, der sich dahin schlüssig geworden ist, daß die Abwendung des Beamten, die ein Mißtrauensvotum gegen den Oberpräsidenten bedeuten würde, zu unterbleiben hat.

Ein Revolverattentat.

Magdeburg, 17. August. (Meldung unseres Sonderberichterstatters.) Am heutigen Vormittag um 9 Uhr 35 wurde auf dem hiesigen Domplatz ein Revolverattentat aus dem Fenster des Garnisonlazarets abgefeuert. Das Geschöß ging etwa 10 Meter vor dem Regierungsrat Dr. Hänischel vom hiesigen Oberpräsidium in die Erde. Regierungsrat Hänischel befand sich auf dem Wege von seiner Wohnung zum Oberpräsidium. Der Vorfall ist noch nicht aufgeklärt, aber das Ereignis ist auf jeden Fall außerordentlich eigenartig, denn Regierungsrat Hänischel ist derjenige Beamte des Oberpräsidiums, der die Unterzeichnung gegen die Spitzelzentralen, Orgesch usw., leitet, und daher den reaktionären und Offizierskreisen besonders verhaßt ist und in letzter Zeit schon von ihnen angegriffen wird. Das hiesige Polizeipräsidium hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, das Regierungspräsidium eine Beschlagnahme zur Ermittlung des Täters angeordnet.

Landarbeiter-Internationale.

Amsterdam, 17. August. (WZM.) Hier wurde Dienstag der Internationale Landarbeiterkongress eröffnet, der die Gründung eines internationalen Landarbeiterbundes bezweckt. Beteiligt waren Landarbeiterverbände aus England, Schottland, Deutschland, Schweden, Dänemark, Deutschland, Belgien, Italien und Holland. Die Franzosen waren wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht erschienen, auch die Polen und Tschechen fehlten. Insgesamt sind auf dem Kongress 2103833 Landarbeiter vertreten, darunter 750000 deutsche. Eine von einer italienischen Vertreterin beantragte Resolution gegen den Krieg wurde einstimmig angenommen. Hieraus beschloß der Kongress unter lebhaftem Beifall grundsätzlich die Errichtung des internationalen Bundes. Vergleichs Glüdauf!

Lieber nicht! Oberstaatsanwalt Dr. Schneider hat sich von Köln entfernt. Wegen Schneiders früherer Tätigkeit als Kriegsgerichtsrat hatte der belgische Staat einen Haftbefehl gegen ihn ertrotzt, wovon der Beamte Kenntnis bekommen hatte.

So sammelt man Material.

Magdeburg, 17. August. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der überführte Oberstleutnant und Zuhälter Altmann, der sich in Haft befindet, gab bei seiner heutigen Vernehmung an, daß der Lehrer Zieseniß ihm den Auftrag gegeben habe, Material gegen die Genossen Oberpräsident Göring und Polizeipräsident Krüger zu beschaffen. Zieseniß habe ihm gesagt, er (Altmann) sei vaterländisch gesinnt und es sei daher seine Pflicht, diese Männer von ihren Kamern zu befreien.

Der Lehrer Zieseniß arbeitete bekanntlich im Auftrage des „demokratischen“ Rechtsanwalts Schaper. Da es nicht anzunehmen ist, daß die Demokratische Partei hinter diesem Kesseltreiben gegen Göring und Krüger stehe, so ist es wahrscheinlich, daß Schaper-Zieseniß dabei, wenn nicht im Auftrage so doch jedenfalls im Interesse rechtsstehender Kreise, unsere Genossen mit Spigelmateriale belasten wollten.

„Orgesch“ und Reichswehr.

Magdeburg, 17. August. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Unter den bei den verschiedenen Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Dokumenten befindet sich u. a. ein Schriftstück von jenem Major Eckhardt, der anfänglich geleugnet hatte, den Spitzelkennzeichen Eger zu kennen, und der von der Unwahrheit dieser Behauptung inzwischen überführt worden ist. Es handelt sich um einen Brief dieses Majors an das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 31 in Torgau, in dem die Wiederaufstellung der Zeitfreiwilligen und deren Anschluß an die Reichswehr befürwortet wird. (Dies natürlich lange nach dem offiziellen Auflösungsbeschl der Zeitfreiwilligen.)

Des weiteren ist ein Schreiben des „Landbundes“ der Provinz Sachsen an den Lt. Eger gefunden worden, und zwar eine Einladung zu einer am Dienstag, den 11. Mai, im Bureau des Landbundes stattfindenden Sitzung mit dem Zweck der Organisation eines Landbundes.

Es sind ferner detaillierte Kostenvoranschläge des Landbundes entworfen worden, in denen nicht etwa allein die Löhne u. s. w. der Mitglieder der Orgesch, sondern sogar die Summen für Unterhaltung von im Kampf verletzten Mitgliedern und deren Angehörige angegeben werden.

Langensalza, 17. August. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Ein hiesiger Ingenieur, namens Rudolf Wenk, hat trotz des erlassenen Verbotes der Orgesch und der Einwohnerwehren in den Orten des hiesigen Kreises Thamsbrücken, Merxleben, Rosen, Altengotttern, Groß-Weledach und Kirchhainigen die Einwohnerwehren neu aufgestellt und mit Waffen beliefert. Wenk hat für den Kreis Langensalza eine eigene Selbstschutzorganisation eingerichtet. Sowohl die Bauernschaften des Kreises wie der Landrat und der Kreisrat erklären, daß sie an dieser widerrechtlichen Angelegenheit nicht beteiligt sind.

Von der Reichswehr dagegen ist festgestellt worden, daß sie auf Wagen der Sicherheitspolizei die für die Bewaffnung dieser verbotenen Formationen bestimmten Waffen transportiert hat. Die zuständigen Reichswehrstellen haben sich bisher dazu nicht geäußert.

Die Einwohnerwehren haben in den letzten Tagen auf den Wiesen der genannten Dörfer wiederholt Schießübungen veranstaltet.

In Kirchhainigen hat sich nach Aufgange mehrerer Einwohner am letzten Donnerstag folgendes Schauspiel ereignet: Der Leiter der dortigen Einwohnerwehr versammelte die Mitglieder der Wehr und gab folgende Parole aus: Die Front der Arbeiter schließe an immer dichter. Ein Schuß durch das Militär sei nicht zu erwarten. Es müsse daher eine neue Einteilung getroffen werden, über die sich jedoch die Einwohnerwehren nicht beunruhigen sollten. Es würden noch zwei bis drei Wochen vergehen, ehe es Losginge.

Daraufhin wurde ein Stoßtrupp von 25 Mann gebildet und ihnen mitgeteilt, daß am Montag, den 16. August, jeder dieser 25 Mann 10 Handgraten und einen Revolver erhalten würde. Des weiteren erhielt der Stoßtrupp ein schweres Maschinengewehr.

Die ganze Angelegenheit ist übrigens mit den nötigen Unterlagen der zuständigen Militärgerichtsstelle in Berlin überwiesen worden.

Waffenschießungen in der Niederlausitz.

Kottbus, 17. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf dem Güterbahnhof in Kottbus stehen seit drei Tagen zwei Feldgeschütze, von Torgau nach Kottbus signiert, zur Weiterbeförderung nach Werben bei Kottbus. Es handelt sich um zwei 9-Zentimeter-Kanonen, die für einen Herrn v. Malachowski in Brahmow bei Werben bestimmt sind, und von der Expeditionsforma Reichel in Torgau ausgeliefert sind. Die Kottbuser Polizeibehörde antwortete der Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ auf die Aufforderung, die Geschütze zu beschlagnahmen, mit „Ausflüchten“. Die Geschütze seien unbrauchbar, die Verschlässe fehlten und man könnte sich durch die Beschlagnahme vielleicht lächerlich machen. Wahrscheinlich habe sich Herr v. Malachowski die Kanonen nur als „Fersäule“ bestellt. Wie ein Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ gemeinsam mit einem Polizeiwachtmeister, beide kriegserfahrene Artilleristen, feststellte, handelt es sich um sehr gut erhaltene Kanonen, aus denen ohne weiteres geschossen werden kann. Die Verschlässe und ähnliche Zubehörteile werden bei Waffenschießungen bekanntlich gesondert befördert, um nicht gestohlen zu werden.

Gegen die tschechischen Aushebungen.

Siegenhals, 16. August. In Hermannstadt und Judmantel kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen wegen der von den Tschechen angeordneten Aushebung von Deutschen für das tschechische Heer. In Judmantel trat die Arbeiterchaft in den Aufstand. Als Legionäre hier gegen Kundgebungen vorgehen, fiel aus der Menge ein Schuß, worauf die Legionäre das Feuer eröffneten. Drei Personen wurden getötet und 15 schwer verletzt. Unter den Toten befindet sich ein tschechischer Gendarmeriewachmeister.

Das dritte sibirische Legionärregiment marschierte durch Grün. Die ihm vorangetragene Fahne trug die Aufschrift: 3. Kommunisches tschechisches Regiment. Die Soldaten forderten, daß die Militärkapelle statt der Nationalhymne die Arbeitermarzellaise spiele.

Höll geisteskrank. „Geslo Slovo“ meldet: Der tschechische Kommunist Höll wird als geisteskrank in einem Sanatorium bei Prag interniert. Im Gitschiner Bahnhof wurden ihm von den tschechischen Sozialdemokraten Debattationen dargebracht.

